

**POSTULAT** von Peter Schulthess (SP, Stäfa) und Dr. Pia Holenstein Weidmann (SP, Affoltern am Albis)

betreffend Bedarfsermittlung und Bedarfsplanung im Bereich Drogenhilfe

---

Der Regierungsrat wird gebeten, eine Bedarfsanalyse für den Bereich der Drogenhilfe im Kanton Zürich vorzulegen. Die Analyse soll erfassen, wie das bestehende Angebot aussieht (Angebotsstruktur, anvisierte Zielgruppen, therapeutische Zielsetzungen, Zuweisungsverfahren und Zusammenarbeit der verschiedenen Strukturen etc.). Weiter sollen Aussagen gemacht werden zum erwarteten Bedarf und zur angestrebten Versorgungssicherheit im Kanton. Die Schnittstellen zur Psychiatrie und der Suchtkrankenhilfe im weiteren Sinn sollen mitbedacht werden.

Peter Schulthess  
Dr. Pia Holenstein Weidmann

164/2003

Begründung:

Wie die Gesundheitsdirektion am 21. Mai 2003 ankündigte, will sie die Klinik Sonnenbühl bei Brütten per 31. Dezember 2004 schliessen. Begründet wird die Massnahme mit der Umsetzung der Sparmassnahmen und der Umsetzung des Sanierungsprogramms 04.

Gerade in Zeiten verknappter finanzieller Mittel der öffentlichen Hand ist es wichtig, dass die Konzentration und Straffung des Leistungsangebots auf politisch und fachlich verantwortbarer Basis geschieht. Situativ beschlossene Schliessungen sind zu vermeiden, da sie sich in der Regel bereits innert kurzer Zeit als teure Politikvariante erweisen.

Eine verantwortliche Leistungssteuerung ist allerdings an die Voraussetzung gebunden, dass eine differenzierte Bedarfsermittlung und Bedarfsplanung vorliegt.

Eine solche Bedarfsanalyse ist umso wichtiger, als der Bund die Suchttherapien nicht mehr im bisherigen Umfang über die Invalidenversicherung (IV) mitfinanzieren will, sondern diese Aufgabe ganz den Kantonen überlässt. Das bedeutet, dass der Kanton die alleinige Verantwortung über die Steuerung des Angebots im Bereich der Drogenhilfe übernehmen muss. Eine solche Steuerung kann nur auf dem Hintergrund einer soliden Bedarfsanalyse, die laufend überprüft und angepasst wird, vorgenommen werden.

Wieder aufgenommenener Vorstoss.  
Ursprüngliche Einreicher: Dr. Ruth Gurny (SP, Maur) und Peter Schulthess (SP, Stäfa)